



Mainz, den 01. September 2020

Pressemitteilung

2.600 Menschen und Initiativen unterstützen Forderung nach der Landesaufnahme von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz

Wegen der dramatischen Situation von Flüchtlingen vor den Toren und an den Rändern Europas haben Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Menschenrechtsorganisationen aus Rheinland-Pfalz die Landesregierung Ende April 2020 dazu aufgefordert,

- dem Bundesinnenministerium verbindlich die Bereitschaft des Landes zur überquotalen Aufnahme von 200 Flüchtlingen/Jahr zuzusagen, die u.a. auf den griechischen Inseln in menschenunwürdigen Zuständen ausharren müssen und
- mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm jährlich tausend besonders verletzlichen Flüchtlingen aus den Lagern in Libyen, dem Libanon und anderen Erstaufnahmeländern einen sicheren und legalen Zugangsweg nach Rheinland-Pfalz zu eröffnen.

Diese Forderungen haben seitdem nichts an Dringlichkeit verloren. Die Pandemie hat die Situation zehntausender Flüchtlinge, die weiterhin in den völlig überfüllten EU-Hotspots auf den griechischen Inseln festsitzen, zusätzlich verschärft. Gleichzeitig hat sich die Situation der Flüchtlinge im Folterstaat Libyen und in dem von einer Katastrophe heimgesuchten Libanon erneut dramatisch verschlechtert.

Wir haben in den vergangenen Monaten die Bürger*innen unseres Landes sowie Organisationen und Initiativen, die landesweit und vor Ort Flüchtlingsarbeit leisten, um Unterstützung für unsere Erwartungen an die Landesregierung gebeten. Mehr als 2.600 Menschen, Organisationen und Initiativen haben durch die Unterzeichnung einer Online-Petition ihre Unterstützung für unsere Anliegen zum Ausdruck gebracht.

Wir sind heute an die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz mit der Bitte herangetreten, ihr zeitnah diese Unterschriften als Zeichen der fortgesetzten Bereitschaft vieler Rheinland-Pfälzer*innen zum Engagement für Flüchtlinge übergeben und mit ihr ein Gespräch über unsere Erwartungen an die Landesregierung führen zu können.

Für die Initiator*innen:

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP

Kontakt: Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP | Albert-Schweitzer-Str. 113-115 | 55128 Mainz
Tel.: 06131 - 287 44 53 | www.ini-migration.de | tj@zgv.info | Twitter: @inimigration

Hintergrund:

Neben den über 50 erstunterzeichnenden Einrichtungen (s. Anlage) haben sich folgende weitere Organisationen und Initiativen die Forderungen an die Landesregierung zu Eigen gemacht:

Landesverband RLP der syrischen Akademiker | SOLWODI Deutschland e.V. | Omas gegen Rechts e.V. | Servicestelle junge Geflüchtete | INBI - Institut zur Förderung von Bildung und Integration | terre des hommes Mainz | Förderverein Flüchtlingshilfe Andernach e.V. | Protestantische Stiftskirchengemeinde Kaiserslautern | Friedensinitiative Westpfalz e.V. | Seebrücke Koblenz | Fachkonferenz Asyl des Dekanates Maifeld-Untermosel

Beispielhafte Begründungen von Unterzeichner*innen:

- *"Weil ich glaube, dass unsere Freiheit nur Sinn macht, wenn sie menschlich bleibt. Ich stelle mir oft vor wie es wäre wenn ich Flüchtling wäre und keiner will Hilfe gewähren."*
- *"Ein solches Programm ist humanitäre Pflicht, da braucht es keine weitere Nutzen-Risiko-Abwägungen, es ist Kernbestand unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses."*
- *"Mich macht es fassungslos, wie wenig unternommen wird um das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden. Ich wünsche mir, dass RLP hier eine Vorreiterrolle einnimmt. Dem Land geht es gut und die Menschen sind dazu bereit zu helfen."*
- *"Mehrere Kommunen in Rheinland-Pfalz haben sich bereit erklärt Flüchtlinge aufzunehmen. Ich kann nicht verstehen, warum das nicht umgesetzt werden kann, wenn die Bürger sich dafür ausgesprochen haben."*
- *"Der Umgang und die Arbeit mit Migranten haben in den letzten 5 Jahren meinen Horizont erweitert und mein Leben bereichert. Es ist nicht selbstverständlich in einem sicheren und wunderbaren Land leben zu dürfen. Deshalb unterstütze ich die Petition."*
- *"Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende müssen in unserer demokratischen und humanitären Grundordnung ein Recht auf Prüfung ihrer Rechte in Deutschland und Europa haben. Wir verraten sonst unsere Grundwerte der Verfassung."*
- *"Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir in der Lage sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Wir können nicht wegsehen, wenn Menschen in Not sind."*
- *"Aus Menschlichkeit und weil ich Christin und Mutter und bald Oma bin! Kinder und Jugendliche unter solch unerträglichen Zuständen in Europa - das geht gar nicht!"*

Anlage:

Aufruf „Weil Menschlichkeit und Solidarität es gebieten:
Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not - jetzt!“